

26. März 2025

Postulat

von Samuel Balsiger (SVP)
und Michele Romagnolo (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der «Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich» in den Ausführungsbestimmungen die Maximaltarife von allen Angebotstypen um jeweils 20 Prozent gesenkt werden können.

Durch die Senkung bezahlen Eltern tiefere Leistungsbeiträge und werden bei den Kita-Angebote mit einkommensabhängigen Tarifen substanziell entlastet.

Begründung:

Die Maximaltarife sind die Beträge, die die Kita-Betriebe pro Kind und Tag bei einem subventionierten Platz bekommen. Eine Kindererzieherin (HF) kann gemäss Betreuungsschlüssel 3.9 Kinder in der Altersklasse bis 1,5 Jahren und in der Altersklasse von 1.5 bis 3 Jahren 6.5 Kinder betreuen.

Eine Kindererzieherin (HF) kann also rechnerisch 6.5 Kinder bis 3 Jahren betreuen und erwirtschaftet für den Kita-Betrieb pro Kind und Tag 120.-. Selbst bei einer 90-prozentiger Auslastung erwirtschaftet eine Mitarbeiterin pro Monat und Vollzeit über 14 000.-.

Die Stadt Zürich gibt rund 100 Millionen Steuerfranken für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich aus. Für die Kitas sind es rund 90 Millionen Steuerfranken. Gemäss einem Bericht der Beratungsfirma KPMG, den die Stadt in Auftrag gegeben hat, machte im Jahr 2019 die Hälfte der Kitas rückwärts. Die Hauptprobleme sind:

1. Die Überregulierung durch den Staat, welche den Betrieb der Kitas massiv verteuert (Belegungsvorschriften, Akademisierung der Angestellten, bauliche Vorschriftenchriften und unzählige weitere Auflagen);
2. Subventionen, welche unrentable Betriebe knapp am Leben halten und zu einem Überangebot führt, welche Millionen verschlingt und zu einem Fachkräftemangel führt.

Auch der Stadtrat sieht das System kritisch. Im Tages-Anzeiger-Artikel «Kitas wollen mehr Geld von der Stadt» vom 2. März 2022 steht:

«Das Sozialdepartement ortet das Hauptproblem im Überangebot an Kitas, das sich kürzlich gebildet hat. Der Anstieg ist beachtlich: 2016 boten 299 Kitas 5999 Betreuungsplätze. Vier Jahre später gab es fast doppelt so viele, 11'579 Plätze, verteilt auf 337 Kitas. «Die grosse Konkurrenz führt bei manchen Kitas zu einer zu tiefen Auslastung», sagt Heike Isselhorst, Sprecherin des Sozialdepartements. (...) «Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt, dieses Überangebot zu finanzieren.»»

Deshalb müssen strukturelle Reformen und ein Bürokratieabbau durchgeführt werden. Und der Staat muss aufhören, mit zu hohen Subventionen ein Überangebot am Leben zu halten. Ein Maximaltarife von bis 120.- pro Kind und Tag ist viel zu hoch angesetzt.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit 2024/416

